

Resolution des Bundessenior*innenvorstands von ver.di für den Erhalt des Sozialstaats

2. September 2026



Wir Senior*innen in ver.di sind empört über die Vorschläge der Kommissionen der Bundesregierung zu den sogenannten „Reformen“ des Sozialstaats. Alle sozialen Errungenschaften, die wir als Gewerkschafter*innen in Jahrzehnten hart erkämpft haben, sollen abgebaut und zum Teil sogar abgeschafft werden.

Wenn die Bundesregierung damit durchkommt, bleibt von unserem Sozialstaat nichts mehr übrig. Die Formulierung in unserem Grundgesetz, dass Deutschland ein „sozialer Bundesstaat“ ist, droht ausgehöhlt zu werden.

Die politisch forcierten Sozialkürzungen untergraben das Vertrauen in das demokratische System – und nutzen nur den rechten populistischen Parteien. Sie gehen nur zu Lasten der Arbeitnehmer*innen und Rentner*innen. Als langjährige Gewerkschafter*innen haben wir wesentlich zur Stabilisierung unserer Demokratie und zum Ausbau des Sozialstaats beigetragen. Wir sagen: Nicht mit uns!

Wir Senior*innen bleiben stabil – sozial gestalten heißt für uns:

Eine Rentenreform, die die Lebensleistung der Menschen anerkennt – und ein ausreichend hohes Niveau in der gesetzlichen Rente sicherstellt: Schon jetzt sind 20 Prozent der Rentner*innen (4,2 Millionen Menschen) von Altersarmut bedroht. Weitere Rentenkürzungen – und genau das bedeutet die Erhöhung des Renteneintrittsalters – verschärfen dieses Problem für die künftigen Rentner*innen statt es zu lösen. Die Rente für besonders langjährig Versicherte, die Rente mit 65 muss bleiben! 45 Beitragsjahre sind genug!

Wir Senior*innen bleiben stabil – sozial gestalten heißt für uns:

Das dringend benötigte Wohngeld darf nicht gekürzt werden: Über 1,2 Millionen Haushalte oder 2,5 Millionen Menschen in Deutschland bezogen 2024 Wohngeld – darunter etwa 700.000 Senior*innen. Bezahlbares Wohnen muss ein Grundrecht sein! Wir fordern mehr sozialen Wohnungsbau, damit Wohnen nicht zu Altersarmut führt – niemand soll Angst vor Obdachlosigkeit haben müssen!

Wir Senior*innen bleiben stabil – sozial gestalten heißt für uns:

Gute Gesundheitsversorgung und stabile Krankenversicherungen statt einfallloser Kürzungen und einseitiger Belastung der Versicherten: Wir brauchen eine Bürger*innenversicherung, die alle nach gleichen Regeln einbezieht – und die für alle bezahlbar ist. Kürzungen beim Zahnersatz, erhöhte Zuzahlung bei Medikamenten, Krankenhaus, Kur- und Reha-Aufenthalten usw. sind keine Option! Das Leistungsangebot muss sich am Bedarf der Menschen orientieren statt an den Kosten – wir sind gegen alle Leistungskürzungen auf Kosten der Versicherten! Wir lehnen jegliche Altersdiskriminierung ab – auch im Gesundheitswesen!

Wir Senior*innen bleiben stabil – sozial gestalten heißt für uns:

Eine sichere, solidarische, zukunftssteife Pflegevollversicherung: Pflege ist eine zentrale Aufgabe des Sozialstaats. Sie ist keine Privatangelegenheit, sondern ein wichtiges Element der Daseinsvorsorge und darf nicht auf Angehörige – insbesondere auf Frauen – abgewälzt werden. Auch hier gilt: Das Leistungsangebot muss sich am Bedarf der Menschen orientieren statt an den Kosten. Dafür brauchen wir ausreichend viele Pflegekräfte, die zu fairen Bedingungen beschäftigt werden!

Unser Sozialstaat ist finanzierbar – das ist belegt: Sozialverbände wie der VdK und Wirtschaftsexperten betonen, dass der Anteil der Sozialausgaben an der Wirtschaftsleistung seit Jahrzehnten stabil bei einem Drittel liegt. Wir müssen endlich Reiche und Superreiche ausreichend zur Kasse bitten – auch sie müssen einen angemessenen Beitrag zum Sozialstaat leisten!